

AM NRW-HIMMEL: DER SEEADLER

**Aktuelles: Microsoft
im Umweltcheck**

Für das Klima: Moor muss nass

SEeadLER IN NRW

Adler am Himmel

Ein neuer Landesarbeitskreis des BUND fördert die Ansiedlung des Seeadlers in NRW. Erfolg stellt sich ein. Drei Adlerpaare haben 2025 Nachwuchs zur Welt gebracht.

Es war eigentlich nur eine Frage der Zeit - und der Geduld: Seit sich 2017 an der Bislicher Insel bei Xanten am Niederrhein ein Seeadlerpaar angesiedelt hatte und seither mehrfach erfolgreich Junge großgezogen hat, warteten viele Interessierte gespannt auf mehr, nämlich eine weitere Ausbreitung in Nordrhein-Westfalen. 2023 war es so weit – an mehreren Stellen im Land wurden neben noch nicht geschlechtsreifen Seeadlern auch mehrere Altvögel gesichtet.

„Wir hatten damit gerechnet“, sagt Ingbert Schwinum, Sprecher des neu gegründeten Landesarbeitskreises (LAK) Seeadler NRW unter dem Dach des BUND. „Im Weserbergland und am Niederrhein begannen sich aus den einzelnen vollständig ausgefärbten und geschlechtsreifen Adlern mehrere Paare zu bilden“, erzählt Schwinum, der sich mit anderen Naturfreund*innen bereits um das erste Brutpaar an der Bislicher Insel gekümmert hatte.

Aus historischer Zeit gibt es keine Hinweise darauf, dass Seeadler auf dem Gebiet des heutigen NRW ansässig waren. 2023/2024 formierten sich aber mindestens drei zusätzliche Paare, von denen im Jahr 2024 aber nur das in Ostwestfalen ohne menschliche Hilfe Bruterfolg hatte. Ein Jungvögel musste nach einem tödlichen innerartlichen Revierkampf aus dem Horst entnommen, gepäppelt und später wieder ausgewildert werden. An zwei anderen Stellen wurden zwar Horste gebaut, die Seeadler brüteten aber nicht, möglicherweise verursacht durch Störungen im Horstumfeld. Um diesen und weiteren Adlerpaaren, die sich künftig im Land ansiedeln könnten, zu helfen, gründete sich im Herbst 2024 der Landesarbeitskreis. Er besteht zunächst aus Mareike Büdding, Christian Falk, Robert Lücke und Ingbert Schwinum. Der BUND in Nordrhein-Westfalen war sofort von der Idee begeistert und ist seither nicht nur die „Mutter“ des LAK, sondern hilft auch in so wichtigen Bereichen wie Sponsoring und Öffentlichkeitsarbeit.

„Unser zentrales Anliegen ist die Besiedlung unseres Bundeslan-



Markus Leiberget

Geballte Kraft mit bis zu 2,6 m Flügelspannweite - der Seeadler.

des als Brutvogel in allen dafür geeigneten Naturräumen sowie die dauerhafte Sicherung stabiler Brutbestände“, sagt Schwinum. Der vorhandene Fischreichtum, das Vorkommen vieler Wasservogelarten und die weitgehende Unzugänglichkeit mancher potenzieller Brutgebiete, wie etwa auf der Bislicher Insel, ermöglichen ein regelmäßiges Überwintern auch von jungen Seeadlern. In Deutschland erweitert sich seit Mitte der 1980er-Jahre das Verbreitungsgebiet des Seeadlers zunehmend nach Süden und Westen.

BRUTERFOLGE IN NRW

„Wir möchten die Öffentlichkeit über den nötigen Schutz der Brutplätze aufklären und Behörden bei der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags zum Schutz dieser Art beraten“, sagt Schwinum. „In einzelnen Fällen wollen wir, immer in enger Abstimmung mit den zuständigen Naturschutzbehörden, Horste mit technischen Überwachungsmitteln wie Wild- und Überwachungskameras ausrüsten und - wenn möglich, Jungvögel beringern und mit einem Sender versehen“, berichtet Schwinum. In diesem Frühjahr haben drei Adlerpaare in NRW mit der Brut begonnen. Erfreulicherweise sind in allen drei Horsten Ende März Jungvögel geschlüpft, ein viertes Paar schritt leider nicht zur Brut. Zum Schutz der Tiere werden die genauen Horststandorte aber nicht verraten, damit zum Beispiel Neugierige die Tiere während der sensiblen Brut- und Aufzuchtzeit nicht stören. „Wir hoffen, dass an allen drei Stellen in diesem Sommer die Jungadler auch ausfliegen“, sagt Schwinum. Der Seeadler fliegt in NRW also hoffentlich guten Zeiten entgegen.

Robert Lücke



Mehr zum Thema
www.seeadler-nrw.de

MICROSOFT-PETITION

Annahme verweigert

Der amerikanische Tech-Konzern Microsoft will vier gigantische Rechenzentren in Bedburg, Bergheim und Grevenbroich errichten. Die Pläne werfen viele Fragen auf. Fragen, die der Konzern dem BUND aber nicht konkret beantworten wollte. Deshalb haben wir eine Petition gestartet, die große Unterstützung fand. Doch Microsoft verweigerte die Annahme.

Fast 80.000 Menschen haben die vom BUND in Kooperation mit der Kampagnenplattform WeAct gestartete Petition 'Stoppt den Flächenfraß im Rheinischen Revier - Microsoft muss umplanen' mit ihrer Unterschrift unterstützt. Ein deutliches Zeichen, dass die Zivilgesellschaft nicht gewillt ist, den Heilsversprechen der Landesregierung vom Wandel der Braunkohle- zu einer High-tech-Region vorbehaltlos zu glauben.

Jedes dieser geplanten Rechenzentren hat einen Flächenbedarf von etwa 20 Hektar. Durch den vorzeitigen Ausstieg aus der Braunkohle werden im Rheinischen Revier im großen Stil vorbereitete Standorte frei. Andere, ursprünglich z.B. zur Kraftwerkserweiterung vorgesehene und weitgehend erschlossene Flächen stehen

schon jetzt zur Verfügung. Trotzdem sollen die ersten zwei Rechenzentren in Bedburg und Bergheim auf die "grüne Wiese" gebaut werden. Wertvolles Ackerland wird dafür planiert. Dabei ist der Freiraumschwund eines unserer größten ökologischen Probleme. Ungeklärt sind auch viele Fragen zur Kühlwasser- und Ökostromversorgung der Rechenzentren sowie der Abwärmenutzung im Zusammenhang mit der kommunalen Wärmeplanung.

INTRASPARENTE GESCHÄFTSPOLITIK

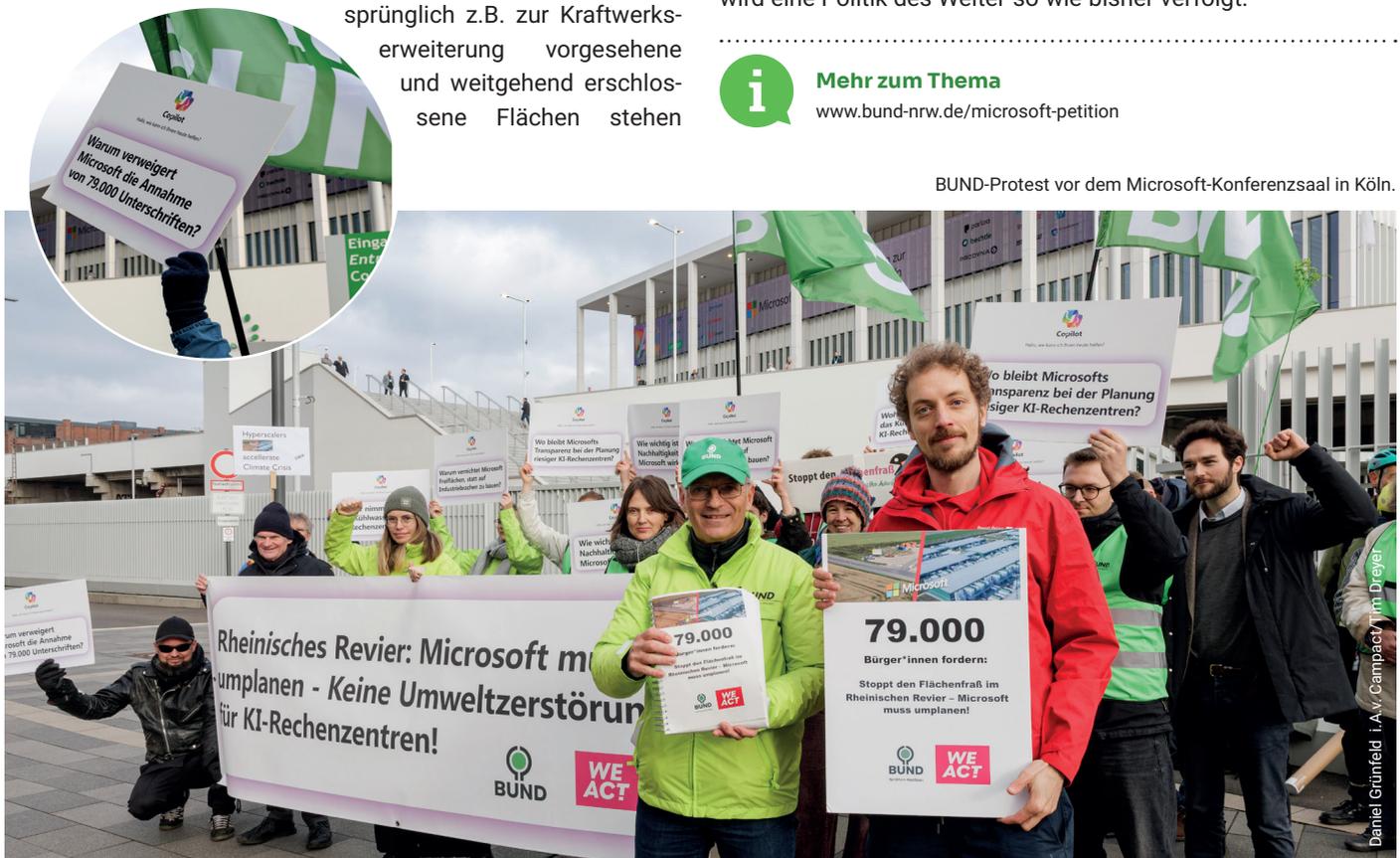
Monatelang hatten wir versucht mit Microsoft in einen offenen fachlichen Austausch zu kommen. Leider vergebens. Microsoft verweigerte letztlich auch die Entgegennahme der Petition.

„Das Land und die Kommunen buhlen geradezu um die Ansiedlung von Microsoft. Angesichts der versprochenen Milliardeninvestition zählen dann landesplanerische Vorgaben wie das 5-Hektar-Ziel zum Stopp des Flächenfraßes nicht mehr. Anstatt den Versprechungen von Microsoft blind zu folgen, sollte endlich eine ehrliche Debatte auch um die Schattenseiten der Rechenzentren geführt werden“, sagte BUND NRW-Geschäftsleiter Dirk Jansen anlässlich der Protestaktion in Köln.

Der BUND fordert die Kommunen und das Land NRW auf, innezuhalten und die Microsoft-Planungen kritisch zu reflektieren. Microsoft ist dabei aber nur ein Beispiel dafür, was beim Strukturwandel im Rheinischen Revier falsch läuft. Anstatt eine echte sozial-ökologische Transformation einzuleiten und die wirtschaftliche Entwicklung an den UN-Nachhaltigkeitszielen auszurichten, wird eine Politik des Weiter-so-wie-bisher verfolgt.

i Mehr zum Thema
www.bund-nrw.de/microsoft-petition

BUND-Protest vor dem Microsoft-Konferenzsaal in Köln.



Daniel Grünfeld i.A.v. Campact/Im Dreyer

LANDESSTRASSEN

Wünsch dir was

In Nordrhein-Westfalen steht ein neuer Landesstraßenbedarfsplan an - eine Art Fahrplan für die Verkehrsprojekte der nächsten 10 bis 15 Jahre. Neben dem Straßenbau werden auch Rad- und Schienenwege berücksichtigt. Doch statt diesen Plan strategisch auszurichten, dominiert ein "Wünsch-dir-was".

Die Bezirksregierungen konnten fast unbegrenzt Straßenprojekte anmelden. Allein im Regierungsbezirk Köln landeten sage und schreibe 73 neue Straßenbauvorhaben auf der Liste. Ein Gutachten im Auftrag des Verkehrsministeriums soll nun bewerten, welche dieser Vorschläge

den Sprung in die tatsächliche Planung schaffen. Grundlage hierfür sind die Prognosen aus dem Landesverkehrsmodell.

BAHN UND RAD STATT ASPHALT

Was schon auf dem Papier nach schlechter Planung klingt, hat in der Realität schwerwiegende Konsequenzen: Neue Schneisen durch die Landschaft, Verlust wertvoller Natur- und Erholungsräume, steigender Lärm- und Schadstoffausstoß. All das, ohne die dringend nötige Verkehrswende voranzubringen. Dabei bräuchte es gerade jetzt eine konsequente Neuausrichtung: Vorrang für Bahn und

Rad statt Asphalt. Stattdessen läuft der Landesstraßenbedarfsplan Gefahr, neue fossile Abhängigkeiten zu zementieren.

Die eingereichten Projektlisten sind öffentlich einsehbar, online oder auf Anfrage bei den Bezirksregierungen. Für Hinweise auf Details und Problempunkte zu eingereichten Planungen wären wir dankbar.



ANSPRECHPARTNERIN

Marina Falke, Referentin für zukunftsfähige Mobilität
marina.falke@bund.net



Diese Lösung auf der Kö provoziert Chaos.

RAD- UND FUSSVERKEHR

Miteinander statt gegeneinander

Fußgänger*innen und Radfahrer*innen können das perfekte Team für die Verkehrswende sein: Beide sind umweltfreundlich unterwegs, beide wünschen sich sichere und autofreie Wege. Doch treffen sie im Verkehr aufeinander, gibt es oft Konflikte. Warum ist das so? Dieser Frage ist Anton Plaschke, Schülerpraktikant in der BUND-Landesgeschäftsstelle nachgegangen.

Beispiel Düsseldorf: Auf der Königsallee müssen sich Fußgänger*innen und Rad-

fahrer*innen, wie an vielen anderen Stellen in der Stadt, einen Weg teilen. Das führt dazu, dass sie sich auf engem Raum in die Quere kommen. So entstehen gefährliche Situationen, die zu Unfällen führen können.

Es geht auch anders: Am Rheinufer in Bonn wurden Parkplätze in eine Fahrradstraße umgewandelt. Nebenan blieb ein Gehweg bestehen. Seitdem sind die Verkehrsteilnehmenden auf eigenen Wegen unterwegs, sie kommen sich nicht mehr

in die Quere.

Der Vergleich zeigt: Es braucht mehr sichere und getrennte Wege für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Wenn der begrenzte Raum in der Stadt fair verteilt wird, werden Konflikte zwischen ihnen vermieden. Miteinander statt gegeneinander!



Mehr zum Thema

www.bund-nrw.de/miteinander-statt-gegeneinander



Der Großteil des Sündenwäldchens wurde bereits gerodet.

Kahlschlag für den Tagebau

Nachdem der BUND seinen Eilantrag zur Verhinderung der Rodung des Sündenwäldchens für den Tagebau Hambach verloren hatte, schaffte die RWE Power AG schnell Fakten. Doch dann wurden die Rodungen plötzlich eingestellt. Hat RWE die Öffentlichkeit und das Gericht wegen der vermeintlichen Eilbedürftigkeit getäuscht?

Wir meinen: ja. Im Eilverfahren hatten wir argumentiert, dass es zumindest einen Rodungsaufschub bis Oktober geben müsse, damit Zeit für eine hinreichende Befassung des Oberverwaltungsgerichts mit der Klage und die Umsetzung artenschutzrechtlicher Vorgaben möglich seien. RWE hielt mit Unterstützung des Landes mit dem Argument dagegen, die Ro-

dung dulde keinerlei Aufschub und müsse bis Ende Februar abgeschlossen sein. Ansonsten sei der Regelbetrieb des Tagebaus gefährdet und die Restseeplanung wäre hinfällig. Für den BUND war das immer ein Scheinargument, was jetzt seine Bestätigung bekam. Denn Teile des Waldes stehen noch, RWE stoppte die Rodungen. Offenbar war es dann doch nicht so eilig. Der Grund für den plötzlichen Rodungsstopp ist auch klar, denn Teile des Waldes wurden von Aktivist*innen besetzt. Und die Landesregierung scheute im Bundestagswahlkampf unschöne Bilder einer Räumung. Vielen im Wald überwinterten Tieren nutzt das indessen wenig. Sie düften Opfer des weitgehenden Kahlschlags geworden sein.

"eXit" – der BUND steigt aus

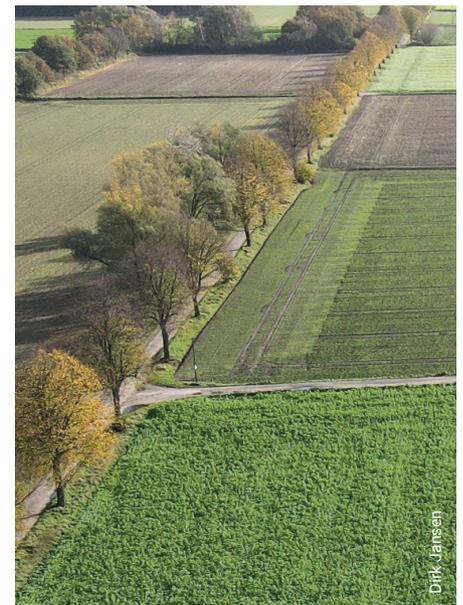
Seit der Übernahme von X (ehemals Twitter) durch Elon Musk werden auf der Plattform zunehmend Hass, Hetze, antiaufklärerische, rechtsradikale bis –extreme, wissenschafts- und menschenverachtende Inhalte verbreitet. Die offene Schützenhilfe für die AfD war nur die Spitze des Eisbergs. Auch progressive Kommunikationsziele rechtfertigen nicht mehr den Gebrauch der reaktionären Propaganda-Plattform X, die rechtsextreme Inhalte klar bevorzugt und mehr Reichweite verschafft. Auch der BUND Landesverband hat deshalb seinen Account auf X stillgelegt. Wir sind aber weiter auf Mastodon, Bluesky, Instagram und Facebook zu finden.

Regionalpläne auf dem Prüfstand

Mit Normenkontrollanträgen geht der BUND gegen die neuen Regionalpläne Ruhr und OWL vor. Die Planwerke haben erhebliche Mängel und verstoßen gegen Ziele und Grundsätze der höherrangigen Landesplanung.

Der BUND macht geltend, dass die Regionalpläne gegen etliche Bestimmungen des Landesentwicklungsplans (LEP) verstoßen, da sich die Plangeber auf Regelungen stützen, die durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) vom 21.03.2024 für unwirksam erklärt worden waren. Damals war das OVG dem BUND-Antrag im Normenkontrollverfahren gefolgt und hatte die meisten der noch unter Schwarz-Gelb im Jahre 2019 vorgenommenen Änderungen des Landesentwicklungsplans für unwirksam erklärt. Dies betraf insbesondere Vorgaben zum Aufweichen der Ziele zur flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung und zum Schutz des Freiraums („5-Hektar-Ziel“). Dazu sieht der BUND auch rechtswidrige Festlegungen zu konkreten Vorhaben und Planungen wie dem newPark in Datteln oder einem Freizeitsee in der Bielefelder Johannisbachaue.

Hier plant die Stadt Datteln ein gigantisches Industriegebiet zu Lasten des Freiraums.





Mit relativ einfachen Maßnahmen wie dem Bau von Spundwänden können Moore wieder renaturiert werden.



Die seltene Arktische Smaragdlibelle (*Somatochlora arctica*) ist im Hirzenbergmoor heimisch.

MOOR- WIEDERVERNÄSSUNG

Moor muss nass

Eine erste Zwischenbilanz im Projekt 'Renaturierung von Moorlebensräumen auf der Bergischen Heideterrasse' kann sich sehen lassen: Rund 90 Hektar degradierter Moore konnten wir in drei verschiedenen Gebieten bereits wiedervernässen.

So können nicht nur vom Aussterben bedrohte Ökosysteme und ihre Arten gerettet werden, wir vermeiden auch gefährliche Hochwasserereignisse, weil das Wasser wieder in der Landschaft gehalten werden kann. Und aus Kohlendioxid-Spendern machen wir wieder -Senken, leisten damit eine der effektivsten Klimaschutzmaßnahmen überhaupt - in reiner Handarbeit.

Tatort Hirzenbergmoor in der Lohmarer Teichlandschaft: Das wertvolle Hangmoor ist Heimat seltener Pflanzen und Tiere, darunter der zarte Mittlere Sonnentau, das seltene Braune Schnabelried, der Gagel und die Arktische Smaragdlibelle. Aufgrund jahrzehntelanger Entwässerung aber droht die Moorvegetation unter Gehölzen zu verschwinden.

Gemeinsam mit dem Heimatverein Lohmar und vielen weiteren Menschen aus

der Region haben wir daher begonnen, die Entwässerungsgräben nach und nach zu schließen. Hierfür sind keine Bagger oder anderen schweren Geräte erforderlich, sondern Akkuschauber, Gummihammer und ein bisschen „Spucke“. Dichte Spundwände aus heimischem Nadelholzanbau werden etappenweise in die Gräben gesetzt, um das natürliche Wasserniveau des Moores wiederherzustellen. Nach der Installation werden

sie mit dem ehemaligen Grabenaushub sowie mit Ästen, Moosen und Farnen der Umgebung „verkleidet“. Am Ende des erfolgreichen Tages könnte man meinen, wir wären nie da gewesen. Doch die Effekte sind bereits nach den nächsten Regenfällen sicht- und messbar.

Wer teilhaben will an solchen Erfolgserlebnissen ist zu unseren Mitmachaktionen herzlich eingeladen!



ANPACKEN BEIM MOORSCHUTZ!



Wir laden die Menschen vor Ort ein, mit anzupacken. Dafür bieten wir Mitmach-Aktionen im Gelände (Raum Köln/Lohmar) an. Mitmachen können alle: Firmen, Vereine sowie diverse Gruppen und einzelne Interessierte. Gruppengröße 10 bis 15 Personen.

Termine für Mitmach-Aktionen, Ansprechpartner*innen und alle weiteren Infos: www.moore-nrw.de



Festakt mit Minister: Umweltminister Oliver Krischer (2. v.l.) diskutierte u.a. mit BUND-Landesvorstandsmitglied Nicola Quarz (2. v.r.)

FESTAKT 40 JAHRE NUA

Die Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA) feierte jetzt ihren 40. Geburtstag. Der BUND ist seit Beginn als Kooperationspartner dabei.

Während die einen dieser Tage mit Parlaments-Anfragen im großen Stil die Gemeinnützigkeit von Nichtregierungsorganisationen in Frage stellen, zeigen andere, wie gut vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft funktionieren kann. In einem deutsch-

landweit einzigartigen Kooperationsmodell mit den Natur- und Umweltschutzverbänden des Landes, darunter auch der BUND, vermittelt die Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW nun schon seit 40 Jahren Wissen und Handlungskompetenzen. Dieses Jubiläum wurde am 7. März mit einem Festakt in Recklinghausen gewürdigt.

„Die NUA stärkt zivilgesellschaftliches Engagement anstatt es zu hinterfragen und

trägt mit ihren Angeboten dazu bei, Natur- und Umweltschutz in den Köpfen der Menschen zu verankern“, sagte Nicola Quarz, Mitglied im BUND-Landesvorstand und Kuratoriumsvorsitzende der NUA.

UMWELTBILDUNG HEUTE WICHTIGER DENN JE

Bei der Podiumsdiskussion, an der unter anderem Minister Oliver Krischer teilnahm, wurde schnell klar: Umweltbildung ist heute wichtiger denn je. Um Antworten auf elementare Überlebensfragen unserer Gesellschaft wie die Klimakrise zu finden, müssen Wissen und Handlungskompetenzen an verschiedenste Zielgruppen vermittelt und in die Fläche getragen werden. Hierfür ist das Bildungsprogramm der NUA in Kooperation mit den Naturschutzverbänden bestens geeignet: Mit jährlich mehreren Hundert Konferenzen, Exkursionen, Workshops und Seminaren werden ehrenamtliche Natur- und Umweltschützer*innen, Lehrkräfte, Umweltverwaltung und Unternehmen angesprochen und fit für den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz gemacht.



NUA-PROGRAMM

www.nua.nrw/bildungsprogramm

WERDE UMWELTBILDNER*IN

Im September 2025 startet das zweite Mal die Umweltpädagogik-Fortbildungsreihe "Umweltbildner*in – gemeinsam nachhaltig in die Zukunft mit BUND und BUNDjugend NRW".

Wie können wir junge Menschen für die Natur begeistern? Wie kann es gelingen, jungen Menschen Artenkenntnisse sowie ökologische und globale Zusammenhänge zu vermitteln? Wie können wir unser Wissen um den Natur-, Umwelt- und Klimaschutz weitergeben? Aus der Praxis für die Praxis geht es darum, sowohl das pädagogische Handwerkszeug als auch das naturwissenschaftliche Fachwissen zu erlernen. Darauf aufbauend

üben wir, Bildungsangebote zu konzipieren und umzusetzen. Die 10-monatige Fortbildungsreihe umfasst fünf Praxis-Wochenenden in Präsenz sowie monatliche Onlinemodule.



MEHR ZUM THEMA

Die genauen Termine und weitere Informationen zur Anmeldung: www.marienhof-hagen.de/bildungszentrum/fortbildungen-seminare/fortbildungsreihe-umweltbildung/



"So ein Schatz an Wissen und Erfahrung! Ohne euch wäre die wunderbare Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, so wie ich sie jetzt gestalte, gar nicht möglich."

Stimme aus der ersten Fortbildungsreihe

Mehr Geld für Biodiversität

Die Biodiversitätskrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Auch in NRW schreitet der Arten- und Lebensraumverlust mit gravierenden Folgen voran. Dabei trägt der Staat laut Artikel 20a Grundgesetz eine klare Verantwortung für den Naturschutz - eine moralische und rechtliche Verpflichtung. Doch wird dieser Verantwortung wirklich nachgekommen?

Ein Blick auf die Haushaltszahlen des Landes zeigt: Die finanziellen Mittel für den Naturschutz in NRW sind besorgniserregend gering. Das Umweltministerium erhält lediglich 1,5 bis 2 Prozent des Landeshaushalts. Obwohl die Ausgaben zwischen 2002 und 2022 gestiegen sind, bleibt dieser Zuwachs deutlich hinter dem der Gesamtmittel des Landes zurück. Der Naturschutz hat im Haushalt weiterhin eine niedrige Priorität - trotz zunehmender Krisen.

Besonders kritisch ist die Entwicklung der Mittel für Naturschutz und Landschaftspflege. Seit 2021 sinken die Mittel erheblich, während der Bedarf im Bereich Biodiversitätsschutz steigt - ein klarer Widerspruch zu den politischen Versprechen. Die aktuelle BUND-Recherche zeigt auch: Koalitionen in NRW mit Grünen-Beteiligung bringen oft mehr Engagement für Klima- und Naturschutz. Doch selbst unter der aktuellen Regierung bleiben viele Maßnahmen aus. Der Koalitionsvertrag von 2022 verspricht unter anderem eine bessere Ausstattung Biologischer Stationen, ein verbessertes Artenmonitoring sowie Umweltchecks zur Förderung kleiner Projekte. Insgesamt sollen 150 Maßnahmen durch eine Verdopplung des Naturschutzhaushalts finanziert werden - eine Steigerung, die allerdings häufig nur auf dem Papier existiert.

Einzig umgesetzt wurde die verstärkte Förderung der (staatlichen) Biostationen, deren Mittel 2022 auf über 9 Millionen Euro anstiegen. Dagegen bleiben die Zuschüsse für Kommunen, private und gemeinnützige Initiativen niedrig. Besonders betroffen: der ehrenamtliche Naturschutz.

Die Ehrenamtsvergütung liegt seit 2002 unverändert bei 10 Euro pro Stunde. Inflationbereinigt entspricht das heute nur noch 6,54 Euro. So verliert das Ehrenamt kontinuierlich an finanzieller Wertschätzung.

Der BUND fordert deshalb, den Bereich des Naturschutzes mit mehr Haushaltsmitteln auszustatten. Vor allem müssen gemeinnützige Naturschutzinitiativen besser unterstützt werden, zum Beispiel durch eine Erhöhung der Ehrenamtsvergütung auf mindestens 15,28 Euro pro



Der ehrenamtliche Einsatz für die Natur wird nur stiefmütterlich finanziell unterstützt.

Stunde. Letztlich müssen die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen - insbesondere die Verdopplung des Naturschutzhaushalts - konsequent umgesetzt werden.

Paula Grete



Mehr zum Thema

Die BUND-Analyse 'Mehr Geld für die Biodiversität' finden Sie unter www.bund-nrw.de/publikationen



Protest gegen überflüssige Atommülltransporte: Am 26. April, dem Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl, demonstrieren BUND-Aktive gemeinsam mit der Anti-Atom-Bewegung gegen die von Bund und Land geplanten 152 CASTOR-Transporte mit radioaktiven Brennelementen von Jülich nach Ahaus. Der Atommüll soll da bleiben, wo er ist, so die Forderung. Der Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich ist die wesentlich risikoärmere Variante bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung eines atomaren Endlagers. Insofern müsse die Landesregierung alles unternehmen, die teuren Risikotransporte zu vermeiden. Die Doppelaktion in Jülich (Bild oben) und Ahaus stand unter dem Motto 'Atommüllprobleme aussitzen können wir auch!'.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de
 • Redaktion und Gestaltung: Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211-30 200 522, dirk.jansen@bund.net • Auflage: 23.400 • Druck und Versand: Evers-Druck GmbH, Meldorf • BUND-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankcode: BFSWDE33XXX, IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00 • Hinweis: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.06.2025. © BUND NRW e.V., Mai 2025